

PRESSESTIMMEN

LAVANGUARDIA

Die spanische Zeitung meint zu den Ergebnissen der Wahlen in den USA

„Die Ergebnisse der Zwischenwahlen deuten darauf hin, dass Präsident Donald Trump zwar die Wähler, die ihn ins Weiße Haus gebracht haben, erneut mobilisieren konnte, dass ihn aber nun zwei Amtsjahre voller Hindernisse erwarten. Dank des beachtlichen Triumphs der Demokraten im Repräsentantenhaus wird die Opposition die Schlinge um den Präsidenten bei zwei Themen noch enger ziehen können: Die Russiagate-Ermittlungen sowie die Herausgabe seiner Steuererklärungen zwecks Veröffentlichung (...) Auf dem Spiel stehen nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern die ganze Welt.“

la Repubblica

Das italienische Blatt schreibt zu Trumps Zwist mit einem Journalisten

„Die Kampagne gegen die Presse ist der Klassiker eines jeden intoleranten Populisten gegen alle, die Kritik üben. Sie wird in den kommenden Monaten den kalkulierten Höhepunkt des „trumpschen“ Zorns erreichen. Es ist auf dem Feld der Information, wo Trump und seine Familie das Spiel ihres Lebens spielen werden – mehr als auf dem juristischen oder parlamentarischen Feld.“

Berlingske

Die dänische Zeitung kommentiert den erzwungenen Rücktritt Sessions

„Die Entlassung von Jeff Sessions sollte Anlass zur Sorge geben, dass Trump die Mueller-Ermittlungen einstellen will. Jetzt sollten die republikanischen Senatoren einspringen und sich schützend vor die Ermittlungen über eine mögliche Zusammenarbeit zwischen Russland und Trumps Wahlkampfteam 2016 stellen. (...) Eine Untersuchung, die behindert oder vorzeitig abgebrochen wird, fördert Verschwörungstheorien und vertieft die Gräben zwischen den Demokraten und den Republikanern, was am Ende dazu führt, dass die bereits bestehende Zersplitterung tiefe Wurzeln in der US-Bevölkerung schlägt.“

Pravda

Die slowakische Zeitung vergleicht Trump mit Nixon

„Richard Nixon wechselte seine Justizminister 1973 solange aus, bis sich einer fand, der bereit war, die Spezialermittler für die Watergate-Affäre zu entlassen. (...) Einer der Unterschiede ist: Nixon wurde von seiner eigenen Partei gestürzt, die nicht seinetwegen ihre Zukunft riskieren wollte. Die heutige republikanische Partei ist aber in erster Linie Trumps Partei.“

FÜR SIE GELESEN

Kampf für Fortschritt

Christopher de Bellaigue erzählt von der islamischen Aufklärung

Hier ist nicht die Rede von Avicenna und Averroes, nicht von der islamischen Aufklärung des Mittelalters. Damals erklärte Adelard von Bath, der in den frühen Jahrzehnten des 12. Jahrhunderts den Mittelmeerraum bereist hatte: „Ich habe von meinen arabischen Lehrern gelernt, die Vernunft zum Führer zu nehmen.“ Dieser frühen islamischen Aufklärung folgte eine massive Gegenklärung. Der in London lebende Journalist Christopher de Bellaigue konzentriert sich in seinem Buch auf den Konflikt zwischen Glaube und Vernunft, wie er die islamische Welt seit dem 18. Jahrhundert prägte. Bellaigue führt uns nach Kairo, Istanbul und Teheran und zeigt uns, wie „Aufklärung“ im Nahen Osten damals funktionierte. Sie war auch dort eine Sache der Herrscher. Vernunft war weniger ein philosophischer Begriff, als vielmehr ein Name für Techniken und Praktiken, die einem halfen, Militär, Staat und Gesellschaft effizient zu organisieren. Aufklärung war auch in diesen Ländern der Versuch, herauszukommen aus den Fesseln der Tradition, aus politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationsformen, die Entwicklung hemmten. Bellaigue

erzählt von den Kämpfen und Kriegen für den Fortschritt. Wie in Europa schreckte auch im Nahen Osten die Aufklärung nicht vor Blutbädern zurück.

Die Geschichte der islamischen Aufklärung ist ein Element in einem Geflecht von Aufklärung und Gegenklärung. Das zeigt uns Christopher de Bellaigue. Damit öffnet er uns die Augen für die ganz ähnliche Lage in Europa. Hier wie dort versteht man die eine nicht ohne die andere. Sie gehen nicht nur auseinander hervor. Sie vermischen sich auch.

Der Chefideologe der Muslimbruderschaft, einer der einflussreichsten Intellektuellen der islamischen Welt des 20. Jahrhunderts, der Ägypter Sayyid Qutb (1906-1966) verkehrte nach dem Studium in säkularen, westlich orientierten, an Aufklärung interessierten Milieus. Auch die nahöstliche Gegenklärung kannte, was sie bekämpfte. Arno Widmann



Christopher de Bellaigue Die islamische Aufklärung, S. Fischer, 542 S., 25 Euro.

KOLUMNE

Strahlende Schönheit



Aktuell belasten die Folgen friedlicher Nuklearnutzung Wildschweine und Pilze. Früher wurde sogar eine Atombombe mit einer Filmdiva verziert. Zeiten ändern sich.

Von Manfred Niekisch

pro Kilo überschreitet, darf es nicht mehr in den Handel gebracht werden. Gemessen wurden dieses Jahr Werte, die ein Vielfaches darüber liegen. Man darf dieses Fleisch, wie auch selbst gesammelte Pilze, allerdings selbst essen. Aber man sollte es nicht tun.

Es kann nur bedingt beruhigen, dass der Verzehr eines belasteten Sauen-Steaks nicht mehr radioaktive Belastung in den Körper bringt als ein Flug von zu Hause auf der Deutschen liebste Urlaubsinsel. Das Fatale ist, dass sich radioaktive Strahlung nicht

relativieren lässt nach dem Motto, wir kriegen ohnehin auch anders Strahlung ab, was macht das bisschen da noch aus.

Radioaktive Belastung reichert sich im Körper an. Wenn das sprichwörtliche Fass voll ist, sagt ja auch keiner, dass da noch ein paar Tropfen mehr nichts ausmachen würden. Das Wild-Steak, die Pilze, der Urlaubsflug, eine Röntgenuntersuchung, die natürliche ionisierende Strahlung in der Umwelt, und und und...

Erst in rund 300 Jahren ist das Cäsium aus Tschernobyl endgültig zerfallen. Es wäre doch ganz schön, wenn bis dahin nicht ein weiterer Reaktorunfall Nachschub liefert – die jüngsten Pannen in den belgischen Atomkraftwerken Tihange und Doel verheißten aber leider nichts Gutes. Wirklich beruhigend wäre es, wenn allmählich alle Atommeiler rundherum abgeschaltet würden. Die sogenannte friedliche Nutzung der Kernenergie bietet angesichts der Risiken keinen wirklichen Frieden.

Besondere Angst aber machen die menschenverachtenden Drohszenarien mit Atomwaffen, die nicht aus der Politik bestimmter Staaten verschwinden. Das sind die wahren Schurkenstaaten. Die Atombombe der USA, welche 1946 das Bikini-Atoll verwüstete, benannten die Bombenwerfer übrigens Gilda, nach der berühmten Filmrolle von Rita Hayworth, und verzierten sie mit dem Konterfei der Diva. Solch böser Sarkasmus passte eigentlich schon damals nicht in die Zeit.

Manfred Niekisch ist Biologe und ehemaliger Zoodirektor.



Langer Leidensweg

Man mag sich gar nicht vorstellen, unter welchen Bedingungen die Flüchtlinge leben, die aus Guatemala, Honduras und El Salvador vor der dortigen Armut und Gewalt geflohen sind. Ihre Leidenszeit ist auch noch lange nicht zu Ende. Zunächst müssen sie

noch viele Kilometer durch Mexiko laufen, bevor sie die Grenze zu den USA erreichen. Und selbst wenn US-Präsident Donald Trump entgegen seinen Ankündigungen sie ins Land lässt, müssen sie dort erst Fuß fassen.

ARA/VICTOR PENALDA

HARTZ IV

Kein leichtes Erbe

Von Rasmus Buchsteiner

Hartz IV – dass sich die SPD danach sehnt, von diesem Begriff wegzukommen, ist verständlich. Er steht wie eine Chiffre für den Abstieg der deutschen Sozialdemokratie, für den Vertrauensverlust in ihrer Stammklientel, die den Aufstieg der Linkspartei ermöglicht hat.

Die SPD wäre aber schlecht beraten, das Grundprinzip der Agenda 2010 – das des Förderns und Forderns – aufzugeben. Alles andere wäre Augenwischerei. Der Staat stellt zu Recht viel Geld zur Verfügung, um das Existenzminimum von Langzeitarbeitslosen abzusichern. Eine Gegenleistung zu verlangen, ist nicht falsch.

Klug wäre es aber auch, mehr zu fördern als bisher. Und zwar vor allem präventiv, bei denen, die noch in Beschäftigung sind. Lebenslanges Lernen war bisher vor allem Schlagwort für Sonntagsreden. Tatsächlich aber verliert Wissen in einer sich wandelnden Arbeitswelt immer schneller an Wert. Wer gestern noch als qualifiziert galt, droht morgen abgehängt zu werden. Deshalb ist es überfällig, massiv in Weiterbildung zu investieren.

Es spricht auch nichts gegen eine längere Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld I, solange jemand eine Weiterbildung macht. Nur wäre es fatal, damit den Eindruck zu erwecken, dass der Grundsatz des Förderns und Forderns aufgegeben wird. Bericht S. 6

ABSCHIEBUNGEN

Es wird inhumaner

Von Viktor Funk

Es knirscht im Abschiebesystem. Speziell ausgebildete Bundespolizisten melden sich immer seltener freiwillig für diesen Job. Ihre Motive sind unklar.

Was aber klar ist: Seit Jahren senkt die Bundesregierung die Abschiebehindernisse, also wann und wie ein Mensch ausgewiesen wird. Nach mehreren Todesfällen bei Abschiebungen Ende der 90er/Anfang der 2000er Jahre wurde geregelt, dass die Abzuschiebenden gesund sein müssen und speziell ausgebildetes Personal der Bundespolizei die Abschiebung begleitet. Doch das wird nun wohl als störend empfunden.

Inzwischen beschneigen sogenannte Abschiebeärzte gegen Honorare, die an Betsuchung grenzen, „Reisefähigkeit“ auch jenen Personen, die noch kurz vorher medizinische Hilfe brauchten oder psychiatrisch behandelt wurden. Und nun setzt das Bundesinnenministerium auch die Anforderung an die Bundespolizei aus, zumindest teilweise auf bestimmten Flügen.

In der Tendenz ist das aber nur der nächste Schritt zu einem immer weniger humanen Umgang mit Flüchtlingen – zu immer weniger Menschlichkeit mit Menschen.



LEITARTIKEL

Schwieriges Gedenken

Novemberrevolution, Pogromnacht, Mauerfall: Der 9. November ist ein wichtiger Tag – nicht nur für Deutsche. Es ist also nicht verwunderlich, dass darüber diskutiert wird.

Nun wird also wieder mit Worten die Deutungshoheit ausgefochten. Der 9. November ist dafür hervorragend geeignet. Denn die damit verbundenen symbolischen Zahlen 1918, 1938 und 1989 verlangen nach großen Worten und Gefühlen. Nicht jeder wählt dabei die richtigen Worte oder trifft den richtigen Ton.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat mit seiner Rede nur in Ansätzen sein selbstgestecktes und erstrebenswertes Ziel erreicht. Schließlich möchte er den Nationalisten nicht die Farben der deutschen Flagge überlassen. Dafür warb er für die Vorzüge der Demokratie und grenzte sich wortreich gegen deren Feinde ab. Schwierig ist es, wenn er sagt, man könne die Scham über die

deutschen Verbrechen durch den Stolz über demokratische Errungenschaften ergänzen. Es entsteht der Eindruck, als ob er den Rechtspopulisten damit einen Schritt entgegengekommen wäre. Das ist bestimmt nicht, was er wollte.

Die Schwäche seiner Rede liegt eher in dem, was er nicht gesagt hat. Er rief dazu auf, die Demokratie immer wieder neu zu beleben, ohne zu sagen, wie dies geschehen soll. Außerdem forderte er, man möge sich nicht von der Demokratie abwenden, ohne zu erklären, warum eigentlich nicht. Steinmeier hat es schlicht versäumt, diese seine Parolen mit Leben zu füllen.

Steinmeier hat aber im Bundestag nicht nur viel Applaus erhalten. Er löst mit seiner Rede sicher eine kontroverse Debatte aus. Damit hat er mehr erreicht, als der französische Präsident Emmanuel Macron.

Dessen knapp einwöchige Gedenkreise aus Anlass des Endes des Ersten Weltkriegs ist ein Kreuzweg geworden. Auf fast jeder Etappe holte ihn der Alltag ein. Es gelang ihm also nicht durchgehend, die französische Identität heraufzubeschwören und damit seine Landsleute auf Wichtigeres einzustimmen als – sagen wir – den Benzinpreis. Auf nationaler Bühne hat er seine Rolle nicht vollständig ausfüllen können. Mal sehen, ob ihm das auf internationaler Bühne am

Wochenende gelingt, wenn Staats- und Regierungschefs aus 84 Ländern zu der Gedenkfeier nach Paris kommen.

Das Ziel, Vergangenes mit einer aktuellen Debatte zu verknüpfen, ist wohl am ehesten dem kanadischen Premier Justin Trudeau gelungen. Er entschuldigte sich dafür, dass sein Land 1939 die 907 jüdischen Flüchtlinge auf dem Überseedampfer „MS St. Louis“ abwies. Sie mussten zurück nach Europa, wo nur wenige von ihnen den Holocaust überlebten. Mit dieser Geste hat Trudeau nicht nur das „Nie wieder“ als Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg neu belebt. Er hat sich auch indirekt in der aktuellen Migrationsdebatte gegen US-Präsident Donald Trump positioniert, ohne zu wirken, als ob er den Gedenktag instrumentalisierte wollte.

Anderer gehen weniger klug vor. Nach der Drohung des US-Präsidenten Trump, den INF-Vertrag zu kündigen, haben einige an den Kalten Krieg erinnert. Sie wollen das Richtige und gegen ein mögliches neues Aufrüsten warnen. Schließlich schränkt der INF-Vertrag die Zahl der russischen und US-amerikanischen Mittelstreckenraketen ein.

Doch um dagegen vorzugehen, wecken sie Bedrohungsängste und Denkmuster, die nicht helfen. Denn mindestens Russland hat mit der Sowjetunion fast nichts mehr gemein. Weder die Ideologie noch die Blockbildung.

Von ökonomischen Daten ganz zu schweigen. Sinnvoller wäre es, die tatsächlichen Wirkkräfte des neuen Ost-West-Konflikts herauszuarbeiten und ihnen politische Konzepte entgegenzusetzen. Sie sollten die Binsen nicht ignorieren, wonach jedes historische Ereignis letztlich singular ist. Oder trivial formuliert: Geschichte wiederholt sich nicht.

Das führt zu jenem Punkt, der womöglich alle eint. Sie alle wollen Geschichte für ihre Ideen nutzen. Dagegen ist nichts einzuwenden. Im Gegenteil. Individuen und Gesellschaften können und sollten Gedenktage immer wieder nutzen, um sich im Lichte aktueller Ereignisse ihres Werdegangs zu vergewissern. Beim Blick zurück geht es aber eher darum, Fortschritte und Erreichtes zu bewerten und zu schauen, was noch fehlt. Beim Blick nach vorn ist es aber wichtig, das Erreichte weiter zu entwickeln, aktuelle Probleme zu lösen und sich dabei an künftigen Zielen zu orientieren. Dabei verschieben sich nicht nur die Perspektiven. Bericht Seite 4



Andreas Schwarzkopf